

11 Punkte für eine neue Förderpolitik
11 Points for a New Public Funding Policy

BERLIN
F
REIE
SZENE
STÄRKEN

Nichts ist erledigt!
We ain't done yet!

Koalition der freien Szene
Independent Art Scene

Nichts ist erledigt!

Im Jahr 2012 fanden sich freie Künstler*innen zur spartenübergreifenden, offenen Aktionsplattform „Koalition der Freien Szene“ zusammen, um auf die prekäre Situation in der Berliner Kunst- und Kulturszene aufmerksam zu machen. Denn die Fehlentwicklungen in der Berliner Kulturpolitik bedrohten zunehmend die weltweit einzigartige künstlerische Substanz sowohl der Stadt selbst als auch ihrer Kunst- und Kulturschaffenden. Außerdem war es an der Zeit, dem bislang praktizierten „divide et impera“ der Berliner Kulturpolitik durch geschlossenes Auftreten entgegenzuwirken und der freien Szene die Möglichkeit zu geben, für sich und mit einer Stimme zu sprechen. Seitdem hat sich – maßgeblich auch durch die Arbeit der Koalition der Freien Szene und ihres Sprecher*innenkreises – die Sichtbarkeit der freien Kunstschaffenden in Berlin deutlich erhöht und die Belange der freischaffenden Künstler*innen und ihre Arbeitsbedingungen sind nun, wenn auch noch nicht hinreichend, in Politik und Öffentlichkeit besser bekannt.

Auch wurden einige kulturpolitische Forderungen und Initiativen für Förderinstrumente aufgegriffen und umgesetzt, so der Kofinanzierungsfonds, der Wiederaufnahmefonds und die Ausstellungshonorare bzw. Honoraruntergrenzen. Nicht zuletzt geht die Einführung der City Tax auf die Initiative der Koalition der Freien Szene zurück. Ihr Nutzen und ihre Wirkung wurden jedoch durch die zwei City Tax-Lügen – erst die Einverleibung der für die Künstler*innen gedachten Mittel in den allgemeinen Haushalt, dann die Kappung der immer üppiger sprudelnden Mittel auf 3,5 Mio. Euro – deutlich gemindert. Zudem ist die primäre Ausrichtung der aus der City Tax

We ain't done yet!

In 2012 independent artists came together to form a panel for interdisciplinary arts activism, named *Koalition der Freien Szene* (*The Independent Art Scene Coalition*) – intending to draw attention to the precarious situation of the Berlin art scene. Continual mistakes made in Berlin government cultural policies have threatened the livelihoods of those working in the art sector, as well as the unique world class artistic substance of the city itself. Furthermore, at a time when the Berlin Senate had so far only practiced “divide et impera” (divide and conquer), a united stance was necessary to counter this and to give the independent scene the possibility of speaking up for itself with one voice. Since then – largely through the work of the *Koalition der Freien Szene* and its speakers' circle – the visibility of independent arts has risen significantly and the concerns and working conditions of freelance artists are, even if not yet enough, at least more widely recognized by policy makers and the general public.

Some arts council grants and initiatives for public funding have even been picked up and implemented such as co-financing funds, endowments, not to mention exhibition stipends and minimum levels for artist fees. Last but not least, the adoption of the City Tax can be traced back to the initiative shown by the *Koalition der Freien Szene*. However, its use and its effect have been significantly diminished by two City Tax lies – first the annexation of the tax revenues intended for artists into the overall city budget, then the capping of the continually

finanzierten „spartenoffenen Förderung“ auf Präsentation und Events problematisch, denn die Produktion wird kaum berücksichtigt, und ohne Kunstproduktion gäbe es keine Präsentation.

Auch wenn die Koalition der Freien Szene immer für den Schutz und die Stärkung der gesamten Kulturlandschaft Berlins eingetreten ist, bleibt das eklatante Ungleichgewicht in der Förderung zwischen Institutionen und Freier Szene weiterhin bestehen; nach wie vor gehen weniger als 5 % des Kulturetats in die Freie Szene, dabei sind dort 95 % der Künstler*innen Berlins tätig. Die unterschiedlichen Produktionsstrukturen von Kunst in Institutionen und Freier Szene tragen jedoch alle gleichermaßen zur einzigartigen Kulturlandschaft und Identität der Stadt bei.

Um das Ungleichgewicht zu beseitigen, bedarf es vor allem einer Verbesserung der Förderstrukturen. Dies wird natürlich auch Geld kosten. Denn von dem Ziel, Künstler*innen und Kulturproduzent*innen der Freien Szene in Berlin die Chance auf eine möglichst kontinuierliche künstlerische Arbeitsbiographie zu ermöglichen, ist die Berliner Kulturpolitik noch weit entfernt. Dass ferner Künstler*innen nicht wegen ihrer Marktanschlussfähigkeit, sondern für ihre Kunst gefördert werden sollten, ist offensichtlich noch nicht bei allen politischen Entscheidungsträgern der Stadt angekommen. Aber auch was die Förderung der künstlerischen Forschung und eine Systematisierung der Förderlandschaft betrifft, gibt es noch großen Aufholbedarf. Gerade in Zeiten gestiegener Steuereinnahmen und vor dem Hintergrund der wachsenden Stadt sind partizipative Prozesse zur Mitgestaltung politischer Realitäten dringend geboten.

Deswegen legt die Koalition der Freien Szene einen neuen Forderungskatalog vor – das „11 Punkte-Programm“.

bubbling upward funds at 3.5 million euros. Moreover, the primary focus financed by the City Tax as “interdisciplinary funding” for presentations and events is problematic; production is barely considered, and without art production there can be no presentation.

Even though the *Koalition der Freien Szene* has always advocated for the safeguarding and strengthening of Berlin’s entire arts sector, there is still a glaring imbalance in the funding for arts institutions and the independent art scene where 95 % of Berlin’s artists are actually working. The differing production structures for art in institutions and within the independent scene all contribute equally to the unique arts landscape and identity of the city.

First and foremost an improvement of funding structures is necessary to eliminate this imbalance. Obviously this is going to cost money. Berlin’s government arts policies have been so far off from the goal of making it possible for producers of art and culture in the independent scene to have real careers. The message that artists should be supported not just for their marketability, but rather for their art, has apparently not yet been received by all the political decision makers of the city. There is also a lot of catching up to do in regards to funding for artistic research and laying out overall funding structures. Exactly in this time of rising tax revenues and before the background of a growing city, inclusive processes for active participation in the design of political realities is an urgent necessity.

That is why the *Koalition der Freien Szene* has laid out a new list of demands – *The 11 Point Program*.

Freie Szene stärken:

11 Punkte für eine neue Förderpolitik

Die Koalition Freie Szene fordert:

1. 100% der Einnahmen aus der City Tax für Kultur, mindestens 50% für die freie Szene

Die freie Berliner Kunstszene ist einzigartig in Europa. Doch noch immer ist sie deutlich unterfinanziert, so dass ihre Künst-ler*innen nicht auskömmlich leben und professionell arbeiten können. Die City Tax bietet eine Chance, das zu ändern.

2. Kunst ist keine Dienstleistung! – Für die Zweckfreiheit von Kunst

Die Kunst muss sich weder durch politische noch ökonomische Verwertbarkeit rechtfertigen. Die hohe Bedeutung von Kunst für Bildung, Soziales und Tourismus darf nicht in Umkehrung dazu führen, Kunst als zweckgebundene Leistung zu sehen und Aufgaben des Bildungs-, Sozial- und Tourismussektors aus dem Kulturretat zu finanzieren. Kreativwirtschaft, Tourismusförderung, Bildungs- und Sozialaufgaben sind keine Aufgaben der Kulturpolitik.

3. Honoraruntergrenzen / Ausstellungshonorare in allen Sparten

Für alle Förderinstrumente der Kunst- und Kulturförderung in Berlin müssen verbindliche Rahmenbedingungen und Richtwerte für Honorare erarbeitet werden. Das ganze Spektrum der Tätigkeiten, die für die künstlerische Praxis erforderlich sind – inklusive Vorbereitung, Produktion, Präsentation – muss dabei erfasst werden. Dazu zählen auch kuratorische und organisatorische Tätigkeiten, Probenhonorare in allen Sparten sowie Ausstellungshonorare für Künstler*innen in allen aus Landesmitteln geförderten Institutionen und Projekten, unabhängig vom Wohnsitz der Projektbeteiligten. Die verbindlichen Rahmenbedingungen und Zielwerte für Honorare dürfen nicht zu Lasten der Anzahl der Projekte oder der Ausstattung laufender Projekte umgesetzt werden.

4. Bezahlbare Orte und Räume für die Kunst

Bezahlbare Orte und Räume für die Produktion und Präsentation von Kunst müssen erhalten bleiben und neu erschlossen werden. Insbesondere der Verdrängung von Kunst-Orten aus dem Innenstadtbereich muss entgegengewirkt werden.

Wir fordern Transparenz und ein Mitspracherecht beim Umgang mit Liegenschaften des Bundes, des Landes sowie von Gesellschaften des Bundes und Landes.

Die Sicherung und der bedarfsgerechte Ausbau der kulturellen und künstlerischen Infrastruktur müssen zu wichtigen Zielen der Stadtentwicklungs- und Baupolitik in Berlin werden. Sie sind in allen Planungen und baulichen Fördermaßnahmen zu berücksichtigen. Zugleich werden Sonderwohnformen für Künstler*innen, die Raum für künstlerisches Arbeiten mit Wohnraum verbinden, regelmäßig anteilig Bestandteil der Berliner Wohnungsbauförderung.

Wir fordern bedarfsgerechte spartenspezifische konsumptive Raumprogramme zum Ausbau und zur dringend notwendigen Neuerschließung von räumlicher Infrastruktur. Diese sollen

Strengthening the Independent Art Scene: 11 Points for a New Public Funding Policy

Koalition der Freien Szene demands:

1. 100% of revenues from the City Tax go to the arts, at least 50% for the independent scene

Berlin's independent art scene is unique in Europe. Nevertheless it has always been considerably underfunded, so that artists simply cannot work professionally and achieve an adequate standard of living. The City Tax offers a chance to change this.

2. Art is not a service offering! - Art for Art's Sake

Art must justify itself through neither political nor economic utility. The great significance of the arts in education, social issues, and tourism cannot inversely create a situation where art and arts funding is seen as an earmarked asset for financing functions within education, social welfare, and the tourism sector. "Creative industries", promoting tourism, education, and social work are not tasks for cultural policy.

3. Minimum Wages / Exhibition Stipends in all Disciplines

Mandatory frameworks and guidelines for all funding instruments used to promote art and culture in Berlin must be developed. The entire spectrum of work that is essential to artistic practice must be covered – including preparation, production, and presentation. This also includes curatorial and organizational tasks, rehearsal fees in all disciplines as well as exhibition stipends for artists in all state sponsored institutions and projects, irrespective of the place of residence of project participants. These mandatory frameworks and target figures for artist stipends must not diminish the number of projects implemented or endanger the endowments of continuing projects.

4. Affordable Locations and Space for Art

Affordable locations and spaces for the production and presentation of art must be preserved and new ones made accessible. In particular, the displacement of art spaces from the inner city must be countered.

We demand transparency and a voice in real estate matters of the federal government, the state government, as well as companies working at a federal and statewide level.

The procurement and demand-driven expansion of cultural and artistic infrastructure must become an important goal in Berlin's politics of urban development and building ordinances. This should be taken into consideration in all urban planning and construction subsidy regimes. At the same time special living arrangements for artists, that allow for the combination of artistic work spaces and living quarters, need to become regular components of overall Berlin housing subsidies.

We demand need-based, discipline specific, consumer venue programs to expand and newly develop urgently needed urban space infrastructure. Such programs could be new or simply

neu oder weiterentwickelt werden und müssen sich an den unterschiedlichen räumlichen, technischen und organisatorischen Bedarfen der einzelnen Kunstsparten orientieren. Wir fordern den Auf- und Ausbau von Selbstverwaltungsstrukturen bei der Entwicklung von Kunst-Standorten.

5. Faire und transparente Juryprozesse

In Zusammenarbeit mit der Freien Szene müssen für die Berufung und Evaluation von Jurys sowie für den Jurierungsprozess selbst verbindliche Verfahren und Kriterien erarbeitet werden. Dazu gehören u. a. die angemessene Honorierung der Jurytätigkeit, die Sicherstellung von Jury-Kommentaren und die Berücksichtigung der kulturpolitischen Empfehlungen der Jury; die Durchführung von regelmäßigen Informationsveranstaltungen und Jury-Briefings und mehr Transparenz in der Kommunikation der Juryentscheidungen in die Szene, auch durch Jurysprecher*innen als Ansprechpartner*innen für die Szene. Ebenso fordern wir eine transparente, öffentlich zugängliche und verständliche Darstellung der Berufungsverfahren, der Entscheidungskriterien der Jury sowie des Anforderungskatalogs seitens der Kulturverwaltung und Kulturpolitik. Die Besetzung aller Förderjurys muss sowohl Gesichtspunkte der demographischen Entwicklungen sowie Gender- und Diversity-Fragen berücksichtigen. Künstler*innen und Menschen, die in der freien Szene arbeiten, müssen ebenso repräsentiert sein wie Akteure, welche die freie Szene fachlich begleiten. Darüber hinaus müssen in jeder Förderjury alle antragsberechtigten Kunstsparten vertreten sein und über die spartengebundene hinaus muss auch die inter- und transdisziplinäre Perspektive berücksichtigt sein.

6. Stärkung von künstlerischen Selbstverwaltungsstrukturen

Sämtliche Kunstsparten müssen Unterstützung erhalten, ihren Künstler*innen in gemeinnütziger Selbstverwaltung und kooperativen Initiativen ein Basisangebot an materieller und immaterieller Infrastruktur bereitzustellen, wie z.B. Infrastruktur für Informationsaustausch, Weiterbildung, Werkstätten und Ressourcen-Bündelung. Je nach Bedarf müssen Beratungs- und Geschäftsstellen eingerichtet werden können und eine administrative, inhaltliche und redaktionelle Basis für Projekte und Projektentwicklung geschaffen werden. Die kulturpolitische Unabhängigkeit der jeweiligen Kunstsparten ist zu bewahren.

7. Verbindliche partizipative Prozesse bei kulturpolitischen Entscheidungen

Teilhabe kann nur entstehen, wenn sie auf Augenhöhe erfolgt. Diese ist aber erst dann hergestellt, wenn zwischen allen Beteiligten mit Aufnahme partizipativer Prozesse verbindlich Einigkeit über Ziele, Methoden und den Zeitplan besteht.

Die Beteiligten solcher Prozesse bei kulturpolitischen Entscheidungen sollten die Exekutive, die Legislative und die organisierte und informierte Bürgergesellschaft sein.

8. Verbesserung des Fördersystems und der Förderinstrumente

Die Vielfalt der künstlerischen Positionen der Berliner Kunstproduktion macht ein differenziertes Fördersystem notwendig, das sowohl spartenspezifisches Arbeiten erlaubt, als auch ein Arbeiten in den inter- und transdisziplinären Übergängen.

enhanced versions of preexisting ones, but they must orient themselves toward the specific spatial, technical, and organizational requirements of individual artistic disciplines. We demand the establishment and expansion of autonomous organizations for the development of arts venues.

5. Fair and Transparent Juries

Together with the independent scene, compulsory procedures and criteria for the appointment and evaluation of juries (as well as for jury decisions themselves) must be devised. Among other things, this inherently includes appropriate payment for time spent on juries, documentation of decisions on jury appointments, and of arts policy recommendations by them. There must be an implementation of regular public information events and jury briefings for more transparency to the art scene regarding final decisions, additionally facilitated through jury speakers and contact persons. Likewise, we demand a transparent, publicly available and easily comprehensible account of the professional history, decision criteria, and requirement specifications for juries set by city arts administrations and policy-makers.

The appointment of all grant juries must factor in demographic developments as well as questions of diversity and gender. Artists and people that work in the independent scene must likewise be represented, as well as parties that provide professional expertise to the independent scene. Beyond that, all eligible artistic disciplines must be represented in each grant jury, not to mention getting beyond the category specific and taking into account interdisciplinary practices.

6. Strengthening Artistic Grassroots Organizing

All artistic disciplines need support in order to provide a core offering of material and immaterial infrastructure through autonomous non-profits and cooperative initiatives – infrastructure such as knowledge sharing, continuing studies, workshops and production facilities, and the pooling of resources. As needed, information points and arts management offices could be set up to create an administrative, content, and editorial basis for project development. The independence of respective art disciplines from central cultural policy-making is something to be maintained.

7. Mandatory Participatory Processes for Arts Council Decisions

Participation can only happen when it is conducted on a level playing field. But this can only come about when there is a binding agreement between all participants allowing for public proceedings regarding the goals, methods, and time frames. The participants of such processes for arts policy decisions should be from the executive and legislative branches of city government, and from organized and informed members of the public.

8. Improvement of Support Systems and Funding Instruments

The diversity of artistic positions within the art production of Berlin makes a differentiated support system necessary, one that allows for discipline specific work as well as interdisciplinary crossovers.

Wir fordern die Ausgestaltung und die Systematisierung des Fördersystems in Zusammenarbeit mit der Freien Szene. Im Fokus stehen dabei die Förderung von genuin transdisziplinärer und interdisziplinärer Grundlagenforschung, von künstlerischer und kuratorischer Recherche und Forschung sowie Künstler*innenförderung durch Stipendien.

Wir fordern eine klare Trennung von Struktur- und Projektförderung: dazu gehören die Einrichtung und/oder Aufstockung mehrjähriger Förderungen für alle Kunstsparten sowie für Festivals, wie auch die Schaffung und Stärkung von spartenübergreifenden Förderinstrumenten (Festivalfonds, Vermittlungsfonds, Förderung überregionaler Kooperationen, Gastspiel- und Tourneeförderung, bedarfsgerechter Ausbau und Erhöhung des Kofinanzierungsfonds und des Wiederaufnahmefonds).

Wir fordern zudem die Erhöhung des Projektfonds Kulturelle Bildung mit Beteiligung des Kultursenats und des Bildungssenats und die Auswahl der geförderten Projekte nach künstlerischen Maßstäben.

Das Fördersystem soll auch die Kontinuität von Arbeitsbiographien sicherstellen. Künstlerische Förderetats dürfen nicht durch Verwaltungskosten belastet werden und mit Projektmitteln darf keine versteckte Regelförderung erfolgen. Die Einführung verbindlicher Rahmenbedingungen und Zielwerte für Honorare dürfen die Breite, Anzahl und Diversität aktuell geförderter Projekte nicht gefährden.

9. Erweiterung der Zugangsmöglichkeiten zu Kunstförderung

Die formalen Antragsverfahren müssen genauso wie die Abrechnungsanforderungen vereinfacht und entbürokratisiert werden. Die Antragsstellung muss sowohl in Deutsch wie auch in Englisch möglich sein. Alternativen zur rein schriftlichen Antragsstellung gilt es zu entwickeln und zu prüfen.

10. Stärkung der bezirklichen Kulturförderung

Die Bezirke müssen in die Lage versetzt werden, eigene Projekte, Produktion und Präsentation der Freien Szene angemessen infrastrukturell auszustatten und die für die bezirklichen Mikrostruktur wichtige Kunst auskömmlich zu fördern. Besondere Schwerpunkte sollten in kulturell benachteiligten Bezirken und Stadtteilen gesetzt werden.

11. Stärkung der Präsenz künstlerischer Produktionen der Freien Szene in öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten

Die öffentlich-rechtlichen Sender (insbesondere *rbb*, aber auch *Deutschlandradio*) haben den Programmauftrag, die kulturelle und künstlerische Vielfalt auch der Freien Berliner Szene abzubilden. Diesem Auftrag werden die öffentlich-rechtlichen Sender gegenwärtig nicht gerecht. Wir fordern mehr Sendezeiten und adäquate Formate, die die Freie Berliner Szene angemessen darstellen.

Eine ausführliche Übersicht der finanziellen Ansätze zu den 11 Punkten findet man hier: <http://www.koalition-der-freien-szene-berlin.de/2016/12/01/11-punkte/>

We demand that the shaping and structuring of arts support systems happen in collaboration with the independent scene. The focus is to be on funding for genuinely interdisciplinary fundamental research, from artistic and curatorial investigation and research to supporting artists through scholarships and grants.

We demand a clear separation of structural support and project funding: part of this is the establishment and/or increase of multi-year funding contracts for all art disciplines and for festivals, as well as the creation and strengthening of all encompassing funding instruments (festival funds, art education grants, funding for nationwide co-productions, funding for guest appearances and tours, needs-based expansion and increases to co-financing funds and long-term support).

We additionally demand that contributions to the Art Education Project Fund (Projektfonds Kulturelle Bildung) contributed to by the Arts Senate and Education Senate be increased, and that the selection of funded projects be based on artistic criteria.

The funding system should also ensure some continuity in career trajectories. Art funds must not be burdened with the city's administrative costs, and project budgets should not be misused for long-term subsidies. The introduction of mandatory frameworks and target figures for stipends must not endanger the breadth, quantity, and diversity of already funded projects.

9. Expansion of Opportunities for Arts Funding

Formal application processes as well as bookkeeping requirements need to be simplified and made less bureaucratic. Filing applications should be possible in both German and English. Alternatives to purely written applications should be developed and tested.

10. Strengthening District Arts Funding

City districts must be allowed to adequately fund the local projects, productions, and presentations of the independent art scene to be able to provide a proper infrastructure and the district level microstructures that are important for art. Particular emphasis should be set on artistically underserved districts and neighborhoods.

11. Strengthening the Presence of Art Productions by the Independent Scene on Public Service Radio and Television Broadcasters

Public broadcasting services (particularly *rbb*, but also *Deutschlandradio*) have a programming mandate to depict the artistic and cultural diversity of Berlin's independent art scene. To date public broadcasters have not met that requirement. We demand more airtime and adequate formats to fairly portray the comprehensive presence of Berlin's independent art scene.

A detailed financial overview of the 11 Points can be found here.

<http://www.koalition-der-freien-szene-berlin.de/2016/12/01/11-punkte/>

Dr. des. Friederike Landau

KONFLIKTUELLE KOLLABORATION - DIE KOALITION DER FREIEN SZENE IM FÜNFTEN JAHR.

CONFLICTUAL COLLABORATION - THE KOALITION DER FREIEN SZENE IN ITS FIFTH YEAR OF EXISTENCE.

KONTEXTUALISIERUNG.

Die folgende Einleitung bietet eine Kontextualisierung des kulturpolitischen Feldes, in und aus welchem sich die spartenübergreifende *Koalition der Freien Szene* (*Koalition*) im Frühjahr 2012 bildete. Als analytischer Ausschnitt meiner Dissertation¹ soll dieser Überblick anlässlich der Neuauflage des politischen Forderungskatalogs der *Koalition*, dem sogenannten „11 Punkte-Programm“², einen Einblick in die Struktur und Position der *Koalition* innerhalb des kulturpolitischen Gefüges Berlins geben und einige durch die Gruppe hervorgerufenen Veränderungen skizzenhaft nachzeichnen.

POLITISIERUNG UND KOLLEKTIVIERUNG.

Um das kulturpolitische Feld Berlins, aus und in welchem die *Koalition der Freien Szene* sich formiert hat, überblickend abzustrecken, sollen zwei sich verstärkende Tendenzen kurz näher beleuchtet werden:

1 Mehr Informationen zu meinem Forschungsprojekt hier: http://www.kwhistu.tu-berlin.de/fachgebiet_neuere_geschichte/menue/forschen/dfg_graduate_research_program_2012_2018/berlin_fellows_2015_2018/landau_friederike/
2 *Koalition der Freien Szene* (2017), „Nichts ist erledigt: 11 Punkte für eine neue Förderpolitik“, <http://www.koalition-der-freien-szene-berlin.de>

CONTEXTUALIZATION.

The following introduction offers a contextualization of Berlin's cultural political field in and out of which the transdisciplinary *Koalition der Freien Szene* (*Coalition of the Independent Scene*) emerged in the spring of 2012. Considered as an analytical snapshot of my dissertation¹, and as preliminary remarks to the new edition of the *Koalition's* catalogue of requests, the so-called *11 Punkte-Programm*² (*11 Point Program*), this overview gives insights into the structure and position of the *Koalition* within Berlin's cultural political complex, and sketches the transformations evoked by the group over the years.

POLITICIZATION AND COLLECTIVIZATION.

In order to roughly delineate the cultural political field in and out of which the *Koalition der Freien Szene* constituted itself, two intensifying tendencies shall be briefly illuminated: In the past years, on the one hand, there have been

1 More information about the research project: http://www.kwhistu.tu-berlin.de/fachgebiet_neuere_geschichte/menue/forschen/dfg_graduate_research_program_2012_2018/berlin_fellows_2015_2018/landau_friederike/
2 *Koalition der Freien Szene* (2017), „Nichts ist erledigt: 11 Punkte für eine neue Förderpolitik“, <http://www.koalition-der-freien-szene-berlin.de>

In den vergangenen Jahren lassen sich einerseits Ausformungen einer Politisierung und andererseits einer Kollektivierungsbewegung im Berliner Kunstfeld beobachten³. Als Ausdruck einer zunehmenden politischen Artikulation von Berliner Künstler*innen und Kulturschaffenden ist beispielsweise der *Offene Brief*⁴ (2011) der aktivistischen Gruppe *Haben und Brauchen* zu nennen, welcher die Intransparenz und Marktorientierung einer vom damaligen Bürgermeister und Kultursenator Klaus Wowereit geplanten *Leistungsschau junger Kunst aus Berlin* kritisierte. In diesem Kontext erhoben sich Künstler*innen und Kulturschaffende unterschiedlichster künstlerischer Sparten und Praktiken ausdrücklich gegen einen ökonomisierten und instrumentalisierten Begriff von Kulturproduktion für Zwecke des Stadtmarketings und urbaner Aufwertungsstrategien. Stattdessen forderten die etwa 2.000 Unterzeichner*innen einen zugänglichen und öffentlichen Dialog mit den Kulturschaffenden der Stadt, um über nachhaltige Lebens- und Produktionsformen eben jener kulturellen Produzent*innen zu diskutieren. Nach dem *Offenen Brief* schlug sich die weitreichende Kritik Berliner Kulturschaffender im *Haben und Brauchen Manifest* (2012) nieder, welches bis heute einen diskursiven Kontrapunkt zur teils eher leistungs-, institutionen- oder besucher*innenorientierten Berliner Kulturpolitik bildet.

3 Diese Aussage stützt sich vorrangig auf den Beobachtungszeitraum der Untersuchung meiner Dissertation und stellt keine allgemeingültige Einschätzung oder Bewertung des Grads der politischen Organisation Berliner Künstler*innen im Vergleich zu anderen historischen Kontexten der Stadt dar.

4 Haben und Brauchen (2011), "Der Offene Brief": <http://www.habenundbrauchen.de/category/haben-und-brauchen/1-open-letter/>

growing signs of a politicization amongst cultural producers in the city³. On the other hand, yet not unrelated to political organization, there has been a movement of collectivization in Berlin's art field. Illustrative of the growing political articulation of Berlin-based artists and cultural workers is, for example, the *Open Letter*⁴ (2011) of the activist group *Haben und Brauchen* (*To Have and To Need*) which criticized the lack of transparency and the market orientation of the exhibition called *Leistungsschau junger Kunst aus Berlin* (Competitive Exhibition of Young Art in Berlin), planned by then-mayor and cultural senator Klaus Wowereit. In this context, artists and cultural producers from a variety of artistic backgrounds and practices raised their voices against the economic and instrumentalized notion of art which was used for purposes of city marketing and urban upgrading or gentrification. Instead, the over 2,000 signatories requested an open and public dialogue with the cultural producers in the city to discuss and develop sustainable conditions of artistic production and living for precisely those artists. After the first *Open Letter*, the wide-ranging critique of Berlin's artists was further articulated in the *Manifesto* (2012) by *Haben und Brauchen*, which to this day constitutes a discursive counterpoint to the partially performance- and institution-centric orientation of Berlin's 'official' cultural politics.

3 These statements are mainly based on observations within the timeframe under scrutiny for my dissertation and does not constitute a general assessment or evaluation of the degree of political organization of Berlin-based artists in relation to other historical periods.

4 Haben und Brauchen (2011), "Der Offene Brief": <http://www.habenundbrauchen.de/category/haben-und-brauchen/1-open-letter/>

Nimmt man die Aktivitäten um *Haben und Brauchen* als Kritik oder Abwehr eines kreativwirtschaftsorientierten Ansatz von Kulturpolitik im Ansinnen des Wirtschaftsgeographen Richard Floridas⁵ und seiner 'Theorie' der Kreativen Stadt wahr, welche die 'Ressource' Kreativität für (neoliberale) Stadtentwicklungspolitik fruchtbar machen will, wird deutlich, dass es den Berliner Künstler*innen ein politisches Anliegen ist, die Kreative Stadt Berlin selbst (mit) zu erzählen und (mit) zu produzieren. In dieser kulturpolitischen Ausgangssituation organisierten sich in jüngerer Vergangenheit verschiedene Gruppierungen wie das *Netzwerk freier Berliner Projekträume und -initiativen* (*2009), die *Interessengemeinschaft (IG) Jazz* (*2012), die *Allianz bedrohter Berliner Atelierhäuser* (*2014) oder das *Netzwerk freie Literaturszene Berlin e.V.* (*2016). Diese Ansätze der Vergemeinschaftung greifen auf unterschiedliche Rechtsformen, Mitgliedschaftsstrukturen und Elemente partizipativer oder (basis) demokratischer Entscheidungsfindung zurück. Über diese oft sparten- oder produktionsspezifischen Ansätze hinaus kristallisierte sich im Frühjahr 2012 die *Koalition der Freien Szene* als eine umfassende spartenübergreifende Form der Selbstorganisation unter Berliner Künstler*innen, Kulturschaffenden und Kulturorganisator*innen heraus, die im Folgenden näher beleuchtet werden soll.

5 Florida, Richard (2002), "The Rise of the Creative Class." New York: Basic Books.

Taking the activities by and around *Haben und Brauchen* as a critique or defense against an understanding of urban cultural production as an economic driver, the group provided a first counter-hegemonic narrative against a notion of the creative city as one that profits mostly from its cultural and creative industries as opposed to cultural production. Famously coined by economic geographer Richard Florida⁵, his 'theory' of the creative class, which considers creativity as a 'resource' to be exploited for purposes of (neoliberal) urban development politics, was to be rejected. From the above, it becomes apparent that Berlin's artists had the political aspiration and goal to co-author and co-produce a narrative of the creative city of Berlin. In this cultural political context, in the recent past, a number of different political formations of artists have emerged. For example, *Netzwerk freier Berliner Projekträume und -initiativen* (*2009; Network of Berlin Independent Project Spaces and Initiatives), *Interessengemeinschaft Jazz* (*2012; Interest Representation Jazz), the *Allianz bedrohter Berliner Atelierhäuser* (*2014; Alliance of Berlin's Endangered Studio Houses) or the *Netzwerk freie Literaturszene Berlin e.V.* (*2016; Network of Independent Literature Scene Berlin). These approaches at self-organization and community-building draw on different legal forms, membership structures, elements of direct democracy or bottom-up decision-making. Beyond these genre-specific forms of collectivization, in the spring of 2012, the *Koalition der Freien Szene* emerged as an encompassing, transdisciplinary form of self-organization of Berlin-based artists, cultural workers and organizers, which I will shed more light on in the following paragraphs.

5 Florida, Richard (2002), "The Rise of the Creative Class." New York: Basic Books.

DIE KOALITION DER FREIEN SZENE – EINE NEUE FORM DES POLITISCHEN?

Ihrer Selbstbeschreibung als spartenübergreifende und offene Aktionsplattform folgend, formierte sich die *Koalition der Freien Szene* als ein loser Zusammenschluss bereits bestehender spartenspezifischer Interessensverbände und Organisationen sowie neu auf dem Plan getretene Individuen und Künstler*innen. Diese erstmalig spartenübergreifende Organisation der Freien Szene⁶ aggregierte nicht nur deren bestehende politischen Anliegen, sondern stellte auch neue spartenübergreifende kulturpolitische Forderungen auf: Die zehn markantesten Forderungen wurden 2012 als *10 Punkte-Programm*⁷ veröffentlicht und rangieren zwischen konkret förderpolitischen Forderungen nach Honoraruntergrenzen und Ausstellungshonoraren und übergreifenden Themen wie einer kulturbegünstigenden Liegenschaftspolitik oder Solidarität und Transparenz in finanziell geförderten Kultureinrichtungen. Zudem forderte die *Koalition der Freien Szene* die Verwendung von Einnahmen aus der *City Tax*, einer 2015 eingeführten, kontroversen Übernachtungssteuer für touristische Gäste in Berlin⁸, für die Freie Szene, um mehr finanzielle Mittel für freie und

6 Als weiterer spartenübergreifender Verbund kultureller und künstlerischer Interessen sei der *Rat für die Künste* genannt, welcher jedoch nicht ausschließlich Produktions- und Präsentationsformen der Freien Szene vertritt.

7 *Koalition der Freien Szene* (2016), „Zehn Punkte für eine neue Förderpolitik mit Bedarfswerten“ <http://www.koalition-der-freien-szene-berlin.de/2017/03/13/10-punkte-2012/>

8 Landau, F. (2016), „Articulations in Berlin's independent art scene: on new collective actors in the art field“, In: *International Journal of Sociology and Social Policy*, Volume 36 Issue 9/10. SS. 596 – 612.

THE KOALITION DER FREIEN SZENE – A NEW FORM OF THE POLITICAL?

Following the group's self-description as a transdisciplinary and open action platform, the *Koalition der Freien Szene* came together as a loose coalition of already existing genre-specific professional associations and organizations as well as individuals who made a new appearance of Berlin's cultural political stage. This unique transdisciplinary organization of 'the independent scene'⁶ did not only bundle and aggregate standing claims and political requests, but also developed new transdisciplinary cultural political demands. In 2012, the ten most urgent and distinctive requests were published in the *10 Punkte-Programm*⁷ (10 Point-Program). They range from concrete funding-related demands for minimum artist payment requirements (e.g. artist fees) to overarching issues such as a real estate policy that favors the cultural usage of city-owned buildings, or the request for solidarity and transparency in publicly funded cultural institutions. Moreover, the *Koalition* requested that income from the controversial *City Tax*, a five percent levy on tourist overnight stays newly introduced in 2015⁸, should be partially allocated to provide more financial resources

6 Another transdisciplinary organization of cultural and artistic interests is the *Rat für die Künste* (Council for the Arts), which, however, does not exclusively represent production and presentation formats of the independent scene, but also larger, publicly funded cultural institutions.

7 *Koalition der Freien Szene* (2016), „Zehn Punkte für eine neue Förderpolitik mit Bedarfswerten“ <http://www.koalition-der-freien-szene-berlin.de/2017/03/13/10-punkte-2012/>

8 Landau, F. (2016), „Articulations in Berlin's independent art scene: on new collective actors in the art field“, In: *International Journal of Sociology and Social Policy*, Volume 36 Issue 9/10. SS. 596 – 612.

nicht institutionell geförderte Produktionsformen wie zum Beispiel individuelle Künstler*innenförderung zur Verfügung zu stellen.

Verkörpert wird die nicht-systematische konstituierte Zusammenkunft der *Koalition* seit ihrer Gründung durch den Sprecherkreis, oder um die fast paritätische Besetzung des Kreises korrekt zu reflektieren, den *Sprecher*innenkreis*. Der *Sprecher*innenkreis* als tragendes und entscheidungsgebendes Organ der *Koalition* bringt unter anderem Geschäftsführer*innen und leitende Individuen von spartenspezifischen Verbänden der darstellenden und bildenden Kunst, Jazz, Tanz, Neue Musik, Literatur, Kulturproduktion und künstlerischen Projekträumen mit institutionell nicht verankerten Individuen und Einzelkünstler*innen als Sprecher*innen der *Koalition* zusammen, und zählte bis zu 15 Personen. In seiner konstitutiven Heterogenität ist der *Sprecher*innenkreis* von gravierenden Ressourcen- und Machtgefällen gezeichnet, welche durch unterschiedliche organisationale, finanzielle, personelle sowie zeitbedingte Ausstattungen und unterschiedlich große Mitgliedschaften der teilhabenden Verbände bedingt sind. Zudem arbeiten alle Sprecher*innen, die jeweils als Expert*innen in ihrem künstlerischen Feld wahrgenommen werden und etabliert sind, ehrenamtlich in der *Koalition*. Einige der Sprecher*innen können jedoch auch die Arbeitszeit ihrer Ämter mit den Aktivitäten der *Koalition* zusammenbringen. Schließlich kommen divergierende kulturpolitische Erfahrungshorizonte aus Vergangenheit und Gegenwart im *Sprecher*innenkreis*

for the support of the independent scene and individual artists who do not receive institutional funding.

The non-systematic nor democratically constituted gathering of the *Koalition* is embodied and represented since its foundation via the *Sprecherkreis*, or, acknowledging its almost gender-equal composition, the *Sprecher*innenkreis* (Round of Spokespeople). The *Sprecher*innenkreis* functions as the decision-making organ of the *Koalition* and brings together executive directors or managers of professional arts organizations and advocacy bodies, as well as institutionally non-affiliated individuals and artists as speakers of the *Koalition*. There were up to 15 speakers in the *Koalition*. In its constitutive heterogeneity, the Round of Spokespeople is marked by significant asymmetries regarding power and resources available to the individual constituent organizations from visual and performing arts, jazz, dance, new music, project spaces, cultural production and literature. Notably, these power cleavages stem from different organizational, financial, personnel- and time-related resources and differently sized membership bases of each participating association. In addition, all speakers, each of whom is an acknowledged expert in her or his respective artistic field or practice, engage in the *Koalition* on a voluntary basis, while some of the employed artist advocates can use their professional time to invest in the *Koalition*. Finally, the individual actors of the *Koalition* have diverse horizons of cultural advocacy experience from past and presence. For example, some speakers have entertained contacts with cultural policy-makers and politicians over

der *Koalition* zusammen, sowohl mit den jeweiligen künstlerischen Szenen als auch mit Kulturverwaltung und Kulturpolitiker*innen. Diese unterschiedlichen Erfahrungen schlagen sich in verschiedenen politischen und ideologischen Rhetoriken und Kommunikationsstrategien nieder und vereinen die *Koalition* als diverse und teilweise konfliktbehaftete Gruppe.

Die Organisationsstruktur der *Koalition* wird vervollständigt durch das *Plenum*, welches etwa vierteljährlich stattfindet und einen öffentlichen Gesprächs-, Diskussions- und Informationsraum zu den vergangenen und geplanten Aktivitäten der Gruppe bieten soll. Da Kommunikations- und Entscheidungsgefüge zwischen *Plenum* und *Sprecher*innenkreis* jedoch nicht erkenntlich formalisiert sind, nimmt der *Sprecher*innenkreis* im Vergleich zum *Plenum* eine stark gestalterische und (vor)strukturierende Rolle ein. Das *Plenum* kann somit eher als informell kommentierend, ergänzend, modifizierend, bestätigend oder kritisierend charakterisiert werden. Aus Treffen und Gesprächen mit der Kulturverwaltung, an denen die Mitglieder des *Sprecher*innenkreises* als quasi-repräsentative Gruppe der Freien Szene teilnehmen, werden Ausschnitte dieser Gespräche in Plenumsitzungen wiedergegeben bzw. bewertet, so dass eine mittelbare Transparenz für die anwesenden Kulturschaffenden besteht.

Insgesamt aggregiert und kanalisiert die *Koalition* mit einem hohem individuellen Zeit- und Energieaufwand der ehrenamtlich Beteiligten interne Differenzen und partikulare Forderungen und versucht, generell vertretbare

decades while others are just starting to become knowledgeable about parliamentary procedures and political bargaining constellations. These differing experiences are reflected in different political and ideological rhetorics and communicative strategies, and unite the *Koalition* as a diverse and partially conflictual group.

The organizational structure of the *Koalition* is completed by the *Plenum*, which takes place approximately every four months, and serves to provide a public space of conversation, discussion and information about the past and future activities of the group. The communicative and decision-making structure between *Plenum* and *Sprecher*innenkreis* is however little formalized, so that the latter takes a relatively strong position to design and (pre)structure decisions regarding the whole *Koalition*. Respectively, the *Plenum* can be characterized as a collective entity that rather informally comments, adds, modifies, confirms or criticizes speakers' ideas and actions. Regarding meetings with the cultural administration, which the *Sprecher*innenkreis* participates in as the quasi-representation of the *Koalition*, speakers report, reflect and assess parts of these conversations in plenum sessions so that there is an indirect transparency about what the Round of Spokespeople discusses with the cultural administration.

In sum, the *Koalition* aggregates and canalizes the internal differences and different particular positions of the existing artistic populations. Investing a lot of individual time, resources and energy, these volunteer artist advocates

kulturpolitische Positionen zu artikulieren. Diese bereits intern besprochenen Forderungen können anschließend mit kulturpolitischen Stakeholder*innen aus Parlament oder Verwaltung diskutiert werden. Somit bildet die selbstorganisierte und –organisierende Struktur bzw. die organisationale und kommunikative Heterogenität der *Koalition* eine herausstechende Form sowohl der Politisierung als auch der Kollektivierung innerhalb des Berliner Kulturpolitikkomplexes. Mit ihrem Ziel, über spartenspezifische Interessensvertretungen hinauszugehen und dem Versuch, einen umfassenden Verständnis- und Wahrnehmungswandel für die Produktions-, Arbeits- und Lebensrealitäten freischaffender Berliner Künstler*innen einzuleiten, hat die *Koalition* die bestehende Akteur*innen- und Bedeutungslandschaft der Berliner Kulturpolitik aus eigenem Antrieb nachhaltig in Bewegung gebracht.

Im Hinblick auf das Gesamtgefüge der Berliner Kulturpolitik wirft die *Koalition* als sich selbst instituierende Akteur*in trotz oder gerade wegen ihres internen Demokratie- und Transparenzdefizit und den sich daraus ergebenden Herausforderungen partizipations-, organisations- und demokratietheoretische Fragen auf: Inwiefern stellt die *Koalition* ein neues Moment der politischen Artikulation, Mobilisation, Organisation, Repräsentation und Legitimation dar? Diese Fragen werde ich ausblickend noch einmal besprechen. Zunächst sollen einige diskursive und materielle Veränderungen, die im Zuge der Aktivitäten der *Koalition* erreicht und umgesetzt wurden, nachgezeichnet werden, ohne

seek to develop generally representable cultural political demands and positions. The internally already discussed claims can subsequently be communicated to cultural political stakeholders from the legislative and executive. In that sense, the self-organized and self-organizing structure of the *Koalition* with its organizational and communicative heterogeneity constitutes a protruding form of both politicization and collectivization within Berlin's cultural political complex. With their goal to transcend genre-specific forms of interest representation, and to elicit an encompassing change of consciousness about the production and living realities of independent Berlin-based artists, the *Koalition* has significantly challenged the existing composition of actors and meanings in Berlin's cultural political landscape. Out of its own drive, the *Koalition* has set the re-negotiation about the range of participants and meanings of culture in motion.

Especially with regards to the overall complex of Berlin's urban cultural politics, the *Koalition* as a self-instituted actor raises important issues about challenges regarding participation and democracy, as well as political articulation, mobilization, representation and legitimation. Despite, or maybe because of their internal lack of democracy and transparency, the *Koalition* constitutes a fascinating case of claiming political agency in new and innovative ways. I will return to these concerns in my concluding remarks. Before that, I will outline some of the discursive and material changes that have been achieved or realized during the *Koalition's* activities to this point. While I portray these developments, I do

jedoch einseitige Kausalitätsbehauptungen über die Urheber*innenschaft der *Koalition* an diesen Veränderungen zu machen.

ERREICHTES: (IM)MATERIELLE TRANSFORMATIONEN.

Im Rahmen ihres fünfjährigen Bestehens hat die *Koalition* durch ihre Selbsteinschreibung in die strukturellen Weichen des Berliner Kulturpolitikkomplexes jenes Gefüge nachhaltig herausgefordert und verändert. Die *Koalition* hat verschiedene materielle und immaterielle kulturpolitische Transformationen (mit) gestaltet: Beispielsweise ist die Einführung eines *Eigenmittel-* bzw. *Kofinanzierungsfonds* sowie einen *Wiederaufnahmefonds* im Kulturhaushalt 2014/15 zu nennen. Weiterhin ergab sich die gemeinschaftliche, wenn auch nicht öffentliche oder basisdemokratisch organisierte Vergabep Praxis der *City Tax*-Mittel aus dem Jahre 2014, die in die Ausgabe von über 140 *Arbeits- und Recherchestipendien* im Jahre 2015 mündete⁹. Diskursverändernde Einschnitte ereigneten sich hinsichtlich der Wahrnehmung über die Arbeits- und Lebensrealität der freischaffenden Kulturproduzent*innen der Stadt wie beispielsweise der definitorische Entwurf der ‚Freien Szene‘, der heute verbreitet und vielseitig verwendet wird.

Etabliert als

„Gesamtheit aller in Berlin frei produzierenden Künstler, Ensembles, Einrichtungen und Strukturen in freier Trägerschaft

however not claim that the *Koalition* is the sole causal initiator of these changes.

ACHIEVEMENTS: (IM)MATERIAL TRANSFORMATIONS.

In the context of its five-year existence, with its self-acclaimed inscription into the structural parameters of Berlin's cultural political complex, the *Koalition* has profoundly challenged this very system, pushing towards a potential long-term transformation with more openness, transparency and dialogue. The *Koalition* has (co-)proced various material and immaterial cultural political transformations. For example, the introduction of the *Eigenmittel-* or *Kofinanzierungsfonds* (Matching Fund) as well as the implementation of a *Wiederaufnahmefonds* (Resumption Fund) in the cultural budget of 2014/15 are material accomplishments that benefit independent artists in Berlin. Moreover, the *Koalition* took part in the collective, however not fully public or democratically organized distribution of *City Tax* funds collected in 2014, and distributed in 2015 in the forms of over 140 *Arbeits- und Recherchestipendien* (Working and Research grants)⁹. Also, there are incisive changes regarding the conception and awareness about the living and working conditions of independent cultural producers in the city. The term ‘independent scene’ now is widely used and understood as “the entirety of all freely producing, Berlin-based artists, ensembles, facilities and

9 Mehr Informationen zu diesem kollaborativen Vergabeprozess in Landau, F. (2017), “Diversifying the stage of policy-making A new policy network in Berlin's cultural field”, in: Art and the City: Worlding the Discussion through a Critical Artscape, Ren. J & J. Luger (2017) SS. 72-86.

9 More information about this collaborative awarding process in Landau, F. (2017), “Diversifying the stage of policy-making A new policy network in Berlin's cultural field”, in: Art and the City: Worlding the Discussion through a Critical Artscape, Ren. J & J. Luger (2017) pp. 72-86.

aus den Bereichen Architektur, Bildende Kunst, Tanz, Schauspiel, Performance, Neue Medien, Musik von Barock, Elektro, Jazz, Klassik bis zur Neuen Musik, Musiktheater, Kinder- und Jugendtheater, Literatur sowie alle spartenübergreifenden und transdisziplinären Arbeiten“¹⁰

ist ‘die’ Freie Szene (zumindest gegenwärtig) mit der konkreten Entität der *Koalition der Freien Szene* verknüpft und stellt in dieser quasi-repräsentativen Funktion eine ansprechbare Organisation der freien Kulturszene für andere kulturelle Stakeholder*innen dar.

Im Hinblick auf die nicht-formalisierte Organisationsform der *Koalition* ergeben sich vielschichtige (Selbst)Legitimations- und Handlungspraktiken, beispielsweise die Selbstmandatierung der *Koalition* ‘qua Akklamation’ oder der universelle Vertretungsanspruch für die geschätzten 40.000 bis 50.000 freischaffenden Künstler*innen der Stadt. Die Referenz zu dieser unbestimmten, und unbestimmbaren künstlerische Masse wird von der *Koalition* strategisch (de)konstruiert, beispielsweise durch temporäre Zurückweisung, dass die *Koalition* wirklich für alle Künstler*innen sprechen könne. Einerseits zitiert die *Koalition* demokratische Prinzipien durch die Verweise auf die jeweiligen (basis) demokratischen oder kommunikativen Legitimationsgrundlagen der partizipierenden Spartenverbände, die die *Koalition* somit indirekt oder in zweiter Instanz legitimieren

10 Kucher, K. (2013), “Öffentliche Kulturförderung der Freien Szene Berlin, Eine Politikfeldanalyse”, unveröffentlichte Masterarbeit, SS. 1-74.

structures in free sponsorship from the realms of architecture, visual arts, dance, drama, performance, new media, music – ranging from baroque, electro, jazz, classical music to new music – musical theater, children and youth theater, literature as well as all other inter- or transdisciplinary forms.”¹⁰

In this sense, ‘the’ independent scene is – at least currently – discursively connected to the concrete entity of the *Koalition der Freien Szene*. As a quasi-representative organization, the *Koalition* presents itself as the addressable actor of the independent cultural scene and is perceived and approached by cultural policy-makers and politicians to discuss concerns of independent cultural producers.

Regarding the non-formalized organization of the *Koalition*, multiple practices of (self-)legitimation and action arise. For example, the *Koalition* operates with a self-mandatation claiming to work ‘qua acclamation’ or proposes to universally represent the entirety of Berlin’s estimated 40-50,000 independent artists. The reference to this non-verified, and non-verifiable artistic population, is strategically (de-)constructed by the *Koalition*, for example, in the temporary rejection to be capable to ‘speak for’ all artists in the city. On the one hand, the *Koalition* argues that the democratic principles of their organization are derived from the respective (grass-roots) democratic procedures, communicative premises or legitimacy mechanisms of the constituent associations of the *Koalition* so that

10 Kucher, K. (2013), “Öffentliche Kulturförderung der Freien Szene Berlin, Eine Politikfeldanalyse”, unpublished master’s thesis, SS. 1-74.

könnten oder sollten. Andererseits erhält die *Koalition* Zuschreibungen verschiedenster Couleur von anderen kulturellen Akteur*innen und Organisationen der Freien Szene sowie 'Institutionen', d.h. institutionell geförderten Häusern und Kultureinrichtungen sowie von Vertreter*innen der Kulturverwaltung und -politik. Interessanterweise demonstrierte auch die Selbsterkennung des ehemaligen Staatssekretärs Tim Renner als 'Anwalt der Freien Szene' eine generelle politische Nähe und Sympathie für die Anliegen der Freien Szene, die im Dialog mit der quasi-organisierten *Koalition* gebündelt wurden – schließlich fanden viele der Gespräche und 'Verhandlungen' im Hinblick auf Titel des Kulturhaushalts 2016/17 explizit, und teilweise exklusiv, mit der *Koalition der Freien Szene* statt.

Zu beachten bei diesen fragilen Gebilden von Legitimationskonstruktionen und -zuschreibungen ist, dass sämtliche (Selbst) Setzungen der *Koalition der Freien Szene* als 'Sprecher*in' oder 'Repräsentation' der Freien Szene temporär, prekär und somit beidseitig jederzeit widerrufbar sind. Diese systematische Instabilität der Position der *Koalition* stellt nicht nur für die Gruppe selbst, sondern vor allem auch für die demokratisch legitimierteren Akteur*innen wie Kulturverwaltung und -politiker*innen eine Herausforderung hinsichtlich der Öffnung und Reflexivierung ihrer Institutionen und Verfahrensweisen dar. Nichtsdestotrotz erhalten Akteur*innen der Legislative und Exekutive jedoch durch die *Koalition* eine klare Ansprechposition, welche interne Konflikte bereits gefiltert bzw. aufbereitet hat.

the latter leverages an indirect or second order legitimacy of their activities. On the other hand, the *Koalition* is ascribed legitimacy by other cultural actors and organizations of the independent scene, as well as cultural institutions which receive institutional funding for their operations, cultural administrators and politicians. Interestingly enough, the self-proclamation of former State Secretary for Culture, Tim Renner, as the 'advocate of the independent scene' demonstrated a general proximity and sympathy for the concerns of the independent scene. In the dialogue with the quasi-organized *Koalition*, these concerns were bundled and fast-tracked so that many of the meetings, exchanges and 'negotiations' about the cultural budget 2016/17 were explicitly, and at times, exclusively conducted with the *Koalition der Freien Szene*.

It is worth noting that these fragile constructions of legitimacy-making and legitimacy ascriptions are however always temporary and precarious. All (self-)institutions of the *Koalition* as 'speakers' for or 'representatives' of the independent scene is mutually reversible, both by speakers as well as by the artist population represented in the *Plenum*. The systemic instability of the *Koalition's* position poses a challenge not only to the group itself, but also those democratically legitimated actors from the cultural administration and parliament which might be under pressure to open and reflexivize their institutions and procedures, yet, they cannot openly invite any civil society organization to their decision-making table. However, actors from both the legislative and the executive realm have a clear addressee

Dies kann sonst oft langwierige Aushandlungsprozesse unter diversen Stakeholder*innen erheblich abkürzen und erleichtern.

Abschließend erweist sich die strukturelle Uneindeutigkeit der *Koalition* in der Praxis also zwar sowohl für die engagierten Akteur*innen als auch für die verschiedentlichen kulturpolitischen Gegenüber der interessierten Fachöffentlichkeit sowie Stakeholder*innen der Kulturverwaltung und der Kulturpolitik als ambivalent, dennoch ermöglicht sie auch neue Gemeinschaftsformationen im Sinne kultureller Governance. Versteht man unter Governance eben nicht nur das Beziehungsgeflecht verschiedener staatlicher und nicht-staatlicher Akteur*innen im Hinblick auf Politikgestaltung und –umsetzung, sondern auch die relationale und gegenseitig identitätsstiftende Verschränkung der teilnehmenden Governance-Stakeholder*innen, wird deutlich, dass die informellen und sich formalisierenden Kollaborationszusammenhänge zwischen Freier Szene und kulturpolitischen Akteur*innen eine neue Kulturpolitik im weiteren Sinne geschaffen haben und weiterhin schaffen könnten. Fraglich ist, und das soll ausblickend kurz beleuchtet werden, für was, für wen und für wie lange diese Art der Kollaboration aufrechterhalten werden ‘kann’ oder ‘soll’ (‘können’ → operational umsetzbar; ‘sollen’ → normativ denkbar).

AUSBLICK: ZU EINER (KOLLABORATIVEN) KULTURELLEN GOVERNANCE?

Ausblickend möchte ich einige Fragestellungen aufwerfen, die die impulsgebende Ambivalenz der *Koalition* implizit an den gesamten Berliner

and engage with collective positions which have already internally ‘filtered’ conflicts and paved into agreeable positions, which significantly facilitates tedious negotiations among controversial actors.

Thus, in practice, the *Koalition* presents itself as structurally ambivalent, which affects the relations between the engaged stakeholders in the group, as well as other cultural political interlocutors from an interest public, the cultural administration or parliament. However, this systemic undecidability also creates new forms of community- and organization-building in a cultural governance framework. Understanding governance not only as the entanglements between diverse state and non-state actors to design and implement policies, but also as the relational and mutually identity-forming interlacing of concerned stakeholders, it becomes apparent that the informal, yet gradually formalizing contexts of collaboration between the independent scene and other cultural political stakeholders have created a new approach to cultural policy. This approach could be taken further. Lastly, I want to discuss precisely these issues of for what, for and by whom and for how long this kind of collaboration ‘can’ or ‘should’ be maintained in the future (‘can’ → operationally realizable; ‘should’ → normatively thinkable).

OUTLOOK: TOWARDS A (COLLABORATIVE) CULTURAL GOVERNANCE?

In conclusion, I would like to raise some issues which result from the stimulating ambivalence of the *Koalition*.

Kulturpolitikkontext richtet. Diese Fragen sollen Grenzen bzw. Grenzenlosigkeit tatsächlicher Möglichkeiten aufzeigen und weitere Entwicklungsmöglichkeiten der Berliner Kulturpolitik stimulieren:

- **FORMEN:** Welche Auswirkungen haben die nicht-repräsentativen (Selbst)Organisations- und Verfahrensformen der *Koalition* (z.B. keine Wahlen, keine einheitlich formalisierte Delegation oder Abstimmung mit dem *Plenum* etc.) auf Modelle von politischer Repräsentation und Legitimation oder Erwartungen von anderen kulturpolitischen Stakeholder*innen wie Verwaltung oder Politik?
- **KÖNNEN VS. SOLLEN:** Wie reagieren die kulturpolitischen Stakeholder*innen der Kulturverwaltung oder Kulturpolitiker*innen auf die neue politische Form der *Koalition* bzw. die Herausforderung der bestehenden Strukturen und Verfahrensweisen, die damit verbunden ist? Warum und in welchem Ausmaß *könnte* bzw. *sollte* das Handeln der *Koalition* Einfluss auf eine Neuausrichtung der Berliner Kulturpolitik beeinflussen? Warum und in welchem Ausmaß *könnte* bzw. *sollte* die *Koalition* im Hinblick auf Dialog- oder Stakeholder*innenprozesse mit der Kulturverwaltung und Kulturpolitik ideengebend und/ oder handlungsanleitend sein? Welche finanziellen, bürokratischen, juristischen, persönlichen und ideologischen Grenzen gibt es im Rahmen dieser Neugestaltung?
- **KOALITION VS. ANDERE:** Wie verschieben selbstorganisierte politische Akteur*innen wie die *Koalition* die bestehende Landschaft künstlerischer Interessensvertretung? Wie verändert

These questions shall unpack the limits or limitlessness of actual possibilities and further development opportunities for Berlin's cultural politics (and potentially beyond):

- **FORMS:** Which implications do the non-representative forms of (self-)organization and decision-making of the *Koalition* (e.g., no elections, no uniquely formalized delegation or decision-making procedures) have onto models of political representation and legitimacy? How does this reflect on other cultural political stakeholders' expectations?
- **CAN VS. SHOULD:** How do cultural political stakeholders of the cultural administration and politicians react to the new political form of the *Koalition*, or respectively, to the challenging of existing structures and procedures that arise from the *Koalition's* emergence? Why, and to what extent, can or should the activity of the *Koalition* influence the future course of action of Berlin's cultural politics with regards to multi-stakeholder dialogue processes? Why, and to what extent, can or should the *Koalition* provide stimulation, ideas or suggestions for action? Which financial, bureaucratic, legal, personnel-related and ideological boundaries condition this process of a re-orientation?
- **KOALITION VS. OTHERS:** How do self-organized political actors such as the *Koalition* re-configure the existing landscape of artist interest representation?

das Auftreten einer neuen spartenübergreifender Organisation die Macht- und Kommunikationsgefüge zwischen Künstlerischen Szenen und Kulturverwaltung bzw. kulturpolitischen Akteur*innen? Wie und wo bietet die *Koalition* eine einzigartige Sprach- oder Repräsentationsposition, die auch für Kulturverwaltung und Kulturpolitik erkenntnisbringend ist? Wie und wo tut die *Koalition* das nicht?

- **KOALITION ALS EXPERIMENT:** Was können experimentelle Kollaborationsformen zwischen 'Freier Szene' (fragmentarisch und platzhalterisch durch die *Koalition* dargestellt) und der Kulturverwaltung wie die Vergabe der Arbeits- und Recherchestipendien im Jahre 2015 über zukunftsweisende Formen und Verfahren einer kollaborativen Praxis von kultureller Governance aussagen?

Offen bleibt im fünfjährigen Bestehen der *Koalition* einerseits die Frage der Institutionalisierung der Gruppe selbst: Steht das Selbstverständnis der offenen Aktionsplattform der *Koalition* unversöhnlich einer formalisierte(re)n Organisationsform gegenüber, die eine deutlichere Zuordnung von Mandaten, Aufgaben, Rollen und Verantwortlichkeiten erzeugen würde? Oder verkürzt die Dichotomie zwischen Aktion und Organisation die zukünftigen Handlungsformen der *Koalition*? Worin lägen (für wen) Möglichkeiten und Potenziale einer Institutionalisierung der *Koalition* und mit welchen Abhängigkeiten, Gefahren und Chancen ist diese Institutionalisierung verbunden?

How does the emergence of a new transdisciplinary organization change and challenge the existing power and communicative dynamics between different artistic scenes and the cultural administration or other cultural political actors? How and where does the *Koalition* offer a unique position of articulation and representation which can also bring new insights for the cultural administration and politics (and how and where not)?

- **KOALITION AS EXPERIMENT:** What do experimental forms of collaboration between 'the independent scene' (fragmentarily represented by the placeholder *Koalition*) and the cultural administration such as the collaborative distribution of the Working and Research Grants in 2015 mean with regards to imagining future-oriented forms and procedures of a collaborative practice of cultural governance?

In its fifth year of existence, the *Koalition* is left with (at least) two open questions. First, the question of institutionalization of the group itself. Is the self-understanding of the *Koalition* as an open action platform irreconcilable with a (more) formalized organization which could bring about a clearer attribution of mandates, tasks, roles and responsibilities? Or does the dichotomy between action and organization foreclose future opportunities of action for the *Koalition*? What are the potentials and chances of an institutionalization of the *Koalition* (for whom) and which dependencies and dangers are related to institutionalization? On the one hand, the tensions between a loss of identity and the chances that arise from a more

Das Spannungsverhältnis zwischen Identitätsverlust und den Chancen, die eine stärkere Verfasstheit der *Koalition*, die mit einem sich erweiternden Handlungs- und Finanzspielraum einhergehen könnte, bleibt *Koalitions*-intern bestehen. Andererseits aktiviert die Frage nach der Institutionalisierung oder Verstetigung des Austauschs mit der Kulturverwaltung ein weiteres Dilemma: Zwar könnte eine formalisierte Plattform für die Aushandlung von Konflikten über unterschiedliche Kunst-, Partizipations- und vielleicht sogar Demokratieverständnisse zwischen Freier Szene und Kulturverwaltung eben diese Konflikte auffangen und trotz tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten politische Lösungen hervorbringen. Gleichzeitig bleiben die Auswirkungen einer Verfestigung des Austausches zwischen 'der' Freien Szene und kulturpolitischen Stakeholder*innen der Verwaltung und Politik jedoch unkalkulierbar, weil unklar bleibt, wie eine institutionalisierte Form der Zusammenarbeit im Sinne kultureller Governance von den jeweiligen Stakeholder*innen genutzt werden würde. Bleiben wir gespannt und offen für das Unkalkulierbare, das jeder Art der Kollaboration inhärent ist, um zu sehen, welche Art von Aufbruch das neue *11 Punkte-Programm* anstoßen wird.

institutionalized state, evoking an enlarged scope of action and potential access to financial resources, remain existent within the *Koalition*. On the other hand, the question about the institutionalization or solidification of the exchange with the cultural administration activates another dilemma: While the more formalized platform for the negotiation of conflicts between the independent scene and the cultural administration about the role of art, participation, and potentially even democracy, could provide a space for these discussions, and could develop collective solutions despite these divergences, the implications of an institutionalization of the exchange between 'the independent scene and cultural political stakeholders from the legislative and executive remain little calculable. This incalculability persists because it remains unclear how an institutionalized form of exchange in the sense of a cultural governance framework would be (mis)used by the respective stakeholders. Let us remain excited and open for this incalculable dimension of any kind of collaboration to see what kind of beginning the new *11 Point-Program* will ignite.

Geist ist noch flüchtiger als Kapital – haltet ihn fest!
Spirit is even more fleeting than capital – hold on to it!

KOALITION DER FREIEN SZENE

Herausgeber/ Editor:

Koalition der Freien Szene, Berlin, März 2018
info@koalition-der-freien-szene-berlin.de

V.i.S.d.P. Sprecher*innenkreis/ Speakers Circle:

Christophe Knoch, Wibke Behrens

Corinna Weiner, Bernhard Kotowski: **Bildende Kunst**
*bbk berlin – berufsverband bildender künstler*innen berlin e.V.*

Vera Strobel: **Darstellende Künste**
LAFT – Landesverband freie darstellende Künste Berlin e.V.

Eric Schumacher, Alexander Filyuta: **Literatur**
Netzwerk freie Literaturszene Berlin (NFLB)

Bettina Bohle, Magnus Schriefl, Sebastian Elikowski-Winkler: **Musik**
DACH/MUSIK, IG Jazz, inm

Chris Benedict, Matthias Mayer: **Projekträume und -initiativen**
Netzwerk freier Berliner Projekträume und -initiativen

Simone Willeit: **Tanz**
Uferstudios GmbH

Translated by Jason Merrill Benedict
(„We ain't done yet!“, S. 2–3; „11 Points for a New Public Funding Policy“, S. 5–9)

Translated by Dr. Friederike Landau
(„Conflictual Collaboration“, S. 10–23)

Satz/Layout: Ute Weiss Leder